

Die Seite des SOG-Zentralvorstandes

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **166 (2000)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Keine Armeeabschaffung auf Raten



Gegen die Umverteilungsinitiative

Die SOG will zur Bekämpfung der **Umverteilungsinitiative** beitragen. Der Wille allein genügt jedoch nicht. Neben den stichhaltigen Argumenten ist ein umfassender Aktionsplan zu entwerfen und vor allem umzusetzen. Diese Arbeit kann nicht erst beginnen, wenn der Abstimmungstermin bekannt ist, sie verlangt eine längere Vorbereitung. Ende Januar haben Mitglieder der Politik- und der Informationskommission der SOG in einer Klausur die Feinarbeit am Abstimmungskonzept vorgenommen.

Die Lagebeurteilung: eine Kaskade von Vorlagen gegen die Armee

Die letzten Angriffe auf die Schweizer Armee hat das Volk regelmässig überzeugend zurückgewiesen. 1989 lehnte es mit 64,4% die Abschaffung der Armee ab, 1993 verweigerte es mit 55,3% das Ausbauverbot der Schweizer Waffenplätze und unterstützte gleichzeitig mit 57,2% die Erneuerung der Luftwaffe, 1997 hat es die Waffenausführverbotsinitiative mit 77% der Stimmen verworfen.

Die 1. Halbierungsinitiative, von der Linken 1992 eingereicht, hat das Parlament für ungültig erklärt. Der 2. Versuch trägt den Namen «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze», kurz und ihrem Inhalt entsprechend «Umverteilungsinitiative (UMVI)». Sie fand im Nationalrat keine Gnade, mit 120:62 Stimmen empfahl er sie in der Dezembersession zur Ablehnung. Das Ergebnis des Ständerrates dürfte noch deutlicher ausfallen. Die Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien und die bei den erwähnten Abstimmungen demonstrierte Weisheit des Souveräns tragen zur positiven Ausgangslage bei. Es wurde erkannt, dass die Absender auch dieser Initiative eigentlich die Abschaffung der Armee anstreben. Die Langzeitstudie der ETH zur «Sicherheit» hat bestätigt, dass 73% der Befragten die Notwendigkeit der Armee bejahen. Als weitere Pluspunkte für einen erfolversprechenden Abstimmungskampf sind zu vermerken: Die Sanierung der Bundesfinanzen schreitet voran – wobei die UMVI notabene hierzu keinen Beitrag leistet –, und die Armee kann ganz erhebliche Einsparungen vorweisen. Das VBS hat in den letzten Jahren den mit Abstand grössten Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen geleistet. Mit der Sicherheitspolitik 2000 hat der Bundesrat unterstrichen, dass er nicht, wie die Initianten zum Teil heute noch behaupten, weiterhin in den Kategorien des Kalten Krieges denkt.

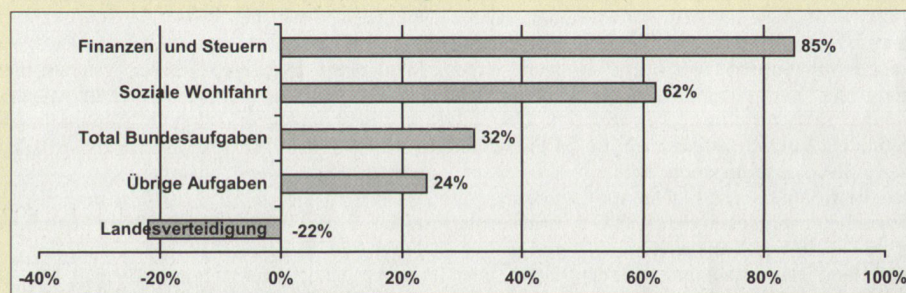
Anzukämpfen gilt es, und dies gehört zu den Nachteilen, gegen die momentane Unzufriedenheit in der Miliz, ausgelöst durch die Fehler, welche man mit der Armee 95 beging, und gegen die sich widersprechenden Meldungen, wie die

Der Anteil der Militärausgaben am Gesamtbudget ist seit 1960 stark rückläufig.

Jahr	Landesverteidigung	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Unterricht Forschung	Landwirtschaft	Übrige
1960	34,7 %	13,4 %	5,9 %	3,6 %	12,3 %	30,1 %
1970	25,9 %	17,0 %	16,2 %	8,5 %	10,0 %	22,3 %
1980	20,3 %	20,6 %	15,7 %	8,7 %	9,0 %	25,7 %
1990	19,1 %	21,7 %	14,8 %	7,7 %	8,5 %	28,2 %
1998	11,5 %	27,7 %	17,8 %	6,7 %	8,4 %	27,9 %

Quelle: Bundesamt für Statistik

Nominal haben sich die Bundesfinanzen folgendermassen entwickelt:



Alarmieren – Informieren – Motivieren – Koordinieren

Es ist nicht Aufgabe der SOG, den Abstimmungskampf allein zu führen, sie leistet aber aus fachlich-militärischer Sicht einen in der Vorphase dringend notwendigen Beitrag. Sie stellt die Frühwarnung sicher, klärt über die Folgen der Initiative auf und koordiniert ihre Aktivitäten mit der Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee AWM. Sie motiviert die Sektionen und sorgt für die rechtzeitige und argumentativ einheitliche Führung des Abstimmungskampfes.

Durch Kommunikation mit ihren Mitgliedern, politischen Entscheidungsträgern und der Bevölkerung wollen die SOG und ihre Sektionen einen überzeugenden Beitrag an eine massive Verwerfung der armeefeindlichen Initiative liefern.

Für diesen Aktionsplan kommt der SOG ihre föderalistische Struktur entgegen. Über ihre Sektionen, die einzelnen Mitglieder und Verbündeten strebt sie einen Multiplikatoreffekt an. Die SOG wird an der Delegiertenversammlung vom 17. Juni 2000 die Abstimmungsparole fassen und an der Präsidentenkonferenz vom 12. August den Startschuss zum Abstimmungskampf

Armee XXI schliesslich aussehen soll. Hier erwartet die SOG vom VBS realistischere Modelle und eine spürbare Verbesserung der Kommunikation. Sicher wird im Abstimmungskampf der Finanzbedarf anderer Politikbereiche, vorab des sozialen Sektors, herangezogen. Ob allerdings eine Initiative, die Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet, als Lösung besonders glaubwürdig wirkt, darf bezweifelt werden.

abgeben. In der Vorphase (vom Frühjahr bis in den Frühsommer) wird die SOG ihre Dienstleistungen (Referentenlisten, Argumentarium, Informationsmaterial, u. a.) aufbereiten. Die Sektionen sollten ihre Projektleiter nominieren und mit Hilfe der SOG geschult haben, sodass nach den Sommerferien auf allen Ebenen die eigentliche Kampagne geführt werden kann.

Früher Abstimmungstermin

Die Armee XXI soll nicht über die Finanzen präjudiziert, sondern auf Grund des sicherheitspolitischen Auftrages sowie einer Beurteilung der künftigen Lage konzipiert werden. Dies ist solange nicht möglich, als das Damoklesschwert der Halbierung über den Planern schwebt. Die Abstimmung muss so rasch wie möglich angesetzt werden. Am 26. November 2000 spätestens (besser wäre der 24. September) müssen Volk und Stände entscheiden.

Verantwortlich für diese Seite:

Oberstlt i Gst Daniel Heller, Infochef
(E-Mail: heller@farner.ch)

Hptm Irène Thomann,
Generalsekretärin (E-Mail: office@sog.ch)